

**Gemeinsamer Antrag der  
SPD / LINKE  
im Rat der Stadt Essen**

24.11.2010

Herrn Oberbürgermeister  
Reinhard Paß

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Zuständigkeiten |
|----------------|----------------|-----------------|
| Rat der Stadt  | 24.11.2010     | Entscheidung    |

**TOP 34: Unterbringung von Flüchtlingen in Essen**

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

die Ratsfraktion DIE LINKE. beantragt:

Die in kurzer Zeit angestiegenen Flüchtlingszahlen in Essen stellen die Stadtverwaltung vor die Aufgabe in kurzer Zeit für eine Unterbringung und Betreuung zu sorgen. Im Interesse des sozialen Friedens in unserer Stadt dürfen dabei die in Essen seit langem geltenden Standards einer menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung von Flüchtlingen nicht verletzt werden. Deshalb unterstreicht der Rat der Stadt:

1. Die Stadt Essen setzt ihre Bemühungen um eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen vorrangig in Wohnungen fort. Wenn es unumgänglich ist Flüchtlingsunterkünfte wiederzueröffnen oder neu einzurichten, dann ist auf eine gleichmäßige Verteilung im gesamten Stadtgebiet ebenso zu achten wie auf sozialverträgliche, kleine Einheiten. Dabei ist die rechtzeitige Unterrichtung und Einbeziehung der Anwohner/innen sicherzustellen. Die Wiedereröffnung des Overhammhofs als lagerähnliche Einrichtung mit bis zu 300 Menschen widerspricht diesen Grundsätzen. Der Standort Overhammhof wird deshalb als möglicher Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen gegenwärtig und zukünftig ausgeschlossen.
2. Die Flüchtlingsunterkünfte sind in einen Zustand zu bringen, der menschenwürdige Lebensbedingungen gewährleistet. Der Essener Mindeststandard von 8 qm/Person sollte nicht unterschritten werden. Es wird angestrebt, diesen Mindeststandard gemäß § 2 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz anzuheben.
3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und wie auch künftig Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz als Barleistungen gewährt werden können. Sachleistungen, Gutscheine oder Geldkarten entsprechen nicht den humanitären Grundsätzen, die sich in Essen als gesellschaftlicher Konsens herausgebildet haben.
4. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung bei der Betreuung und Versorgung der gerade der neu ankommenden Menschen eng mit Pro Asyl Essen als Flüchtlingsorganisation sowie Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderen Interessierten zusammenzuarbeiten. Es ist ein Konzept zu erstellen, wie die Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet

tet werden kann.

5. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, in Abstimmung zwischen dem Allgemeinen Sozialdienst, der RAA, der Ausländerbehörde und der Polizei, ein Konzept zur Begleitung der AsylbewerberInnen während ihres Aufenthaltes in Essen zu erarbeiten und darin auch die Information der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu berücksichtigen. Es ist zu prüfen, inwieweit die Anzahl der Flüchtlingsbetreuer in Essen erhöht werden muss.
6. Die Verwaltung wird gebeten, bei Bundes- und Landesgesetzgeber darauf hinzuwirken, dass die erheblichen Mehrkosten für die Unterbringung und Versorgung von AsylbewerberInnen adäquat gegenfinanziert werden.

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Fresen

Hans Peter Leymann-Kurtz  
Mit freundlichen Grüßen